

# THE BUSY BEAVER\*

# 16

April 77

ZEITUNG DER FACHSCHAFT INFORMATIK AN DER  
abhängig • parteiisch • unentgeltlich



Weg mit LHG und HRG!

Seite  
3



NEU

\* Der einsige Biber (Emser)

## IN DIESEM HEFT :

Zurück zur Feudaluniversität.....	3
Rechenschaftsbericht des alten FR.....	5
Zur Fachschaftsratswahl.....	7
Die Busy Beaver Lebenshilfe.....	8
Eine klare Sache.....	9
Bericht von der VdS-MV.....	10
AKW's: GO-Fraktion unglaublich gemacht?...	13
Aus der Projektgruppenarbeit.....	16
Bemerkung zu Atomkraftwerken.....	17
Wahrscheinlichkeitsrechnung.....	18
Die Informatikerin, das unbekannte Wesen....	20



### im Press um

DER EMSIGE BIBER wird von ein paar krummen Typen rausgegeben, die nichts besseres zu tun haben, als sich h (fast) überall einzumischen. Verzapft wurde der SCHWACHSINN von Angehörigen der Fachschaft Unformatik. Ähnlichkeiten mit lebenden, verstorbenen oder noch leben werdenden Personen, Sachen, Tieren oder Monoiden sind voll beabsichtigt.

Nie war er so wertvoll wie heute

Klar: nur eine pünktliche Zeitung ist eine gute Zeitung! Es ist auch unangenehm, wenn Sie Ärger mit der Zustellung des BB haben. Vielleicht ist der Träger krank, und sein Vertreter kennt sich noch nicht aus. Rufen Sie doch einfach an. Unter der Nummer 0231/755 2048

erreichen Sie unsere Kundendienstberater für Trägerzustellung. Wir sind Frühaufsteher und schon ab 6 Uhr morgens für Sie da. Und gern bereit, Ihnen den Ärger vom Hals zu schaffen.

- Wenn Sie schreiben wollen, dann an unsere Verwaltung, Postfach 50 05 00, 46 Dortmund 50.

### Literatur:

"Zum richtigen Verständnis der Kernindustrie" 66 Erwidderungen der Autorengruppe des Projektes SAIU an der Uni Bremen auf das Reklameheft der Atomindustrie  
"66 Fragen - 66 Antworten: Zum besseren Verständnis der Kernenergie"

Oberbaumverlag 1 Berlin 21  
Postfach 127 1977 (7,20 DM)

# Zurück zur Feudal-Universität

--- ODER DIE GESCHICHTE, WIE MAN DURCH  
EIN LHG DAS LETZTE QUENTCHEN  
DEMOKRATIE AUS DEM HOCHSCHULBEREICH  
VERBANNEN KANN.

Über die Semesterferien ist uns der Entwurf für das nordrhein-westfälische Landeshochschulgesetz (LHG) auf den Tisch geflattert. Im folgenden sollen die wichtigsten Punkte aus diesem Gesetzentwurf dargestellt werden.

## Stärkung der Stellung des Staates

Der Staat vertreten durch den Minister für Forschung und Wissenschaft hat in praktisch allen Angelegenheiten das letzte Wort:

- Bei der Wahl des Rektors müssen alle Kandidaten von ihm genehmigt werden,
- Wenn ihm bei Berufungen die Kandidaten nicht genehm sind oder die Auswahl zu lange dauert, kann er die Stellen eigenhändig besetzen,
- Professoren können auch gegen ihren Willen an ein "gleichwertiges Amt" versetzt werden,
- Wenn Beschlüsse von Gremien seiner Meinung nach rechtswidrig sind, kann er sie aufheben. Kommt dieses Gremium seinen Weisungen und Beanstandungen nicht nach, so kann er es durch einen Staatskommissar ersetzen,
- Alle Satzungen, Prüfungs- und Studienordnungen etc. müssen vom Minister genehmigt werden.

In dem Gesetzentwurf sind schon einige Verordnungen enthalten, die die Hochschullandschaft entscheidend verändern würden:

- Sämtliche PH's in NRW sollen geschlossen und zum Teil in die Universitäten integriert werden. Das bedeutet, daß Studienplätze wegfallen, da nicht alle Studiengänge an die Universität übernommen werden können (Sport, Geschichte, Erdkunde...). Außerdem wird ein Grossteil der Angestellten und Arbeiter der PH entlassen werden.
- Dortmund und Bielefeld sollen integrierte Gesamthochschulen werden. Die betroffenen Hochschulen sollen Ausschüsse bilden, die die IGH vorbereiten sollen. Falls es dem Minister nicht schnell genug geht, kann er einen Arbeitsplan anordnen.

## Studienreform

Damit die "Reformen" wie die Regelstudienzeit (s.u.) adäquat in die Studiengänge eingeführt werden können richtet der Wissenschaftsminister Studienreformkommissionen ein. In diesen Kommissionen sind Vertreter der Hochschulen und Vertreter staatlicher Stellen vertreten. Die Hochschulvertreter (Professoren, Assis und Studenten im Verhältnis 2:1:1) sind zwar physisch in der Mehrheit (75 %), doch haben die staatlichen Vertreter eine "stimme mehr. Mit beratender Stimme gehören diesen Kommissionen "Fachvertreter aus der Berufspraxis" also Vertreter des Kapitals an.



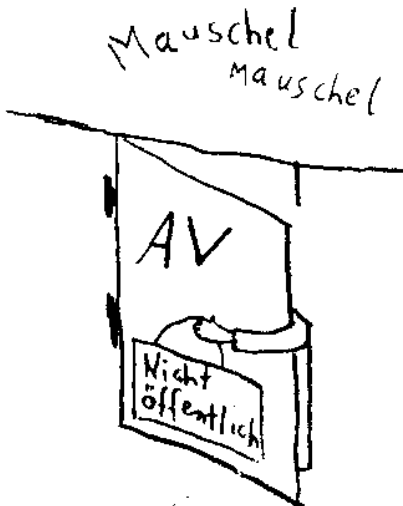
Aus der Zusammensetzung dieser Kommissionen und daraus das der Minister noch zusätzliche Möglichkeiten hat den Arbeit zu beeinflussen, kann man erkennen, daß man durch diese Kommissionen nie zu einer echten Reform des Studiums kommen.

## Hochschulgremien

Die Stellung der Hochschulgremien wird zugunsten der Vorsitzenden geschwächt. So können der Rektor gegenüber dem Senat und den Fachbereichsräten (Abteilungsversammlungen) und der Dekan gegenüber seinem Fachbereichsrat gegen Beschlüsse, die sie für rechtswidrig halten, ein Veto einlegen und eine neue Beschlussfassung verlangen. Ist dieser Beschluss eilbedürftig (das gilt für fast alles) kann er auch ohne Zustimmung des Gremiums handeln.

In allen Hochschulgremien haben die Professoren mehr als die Hälfte der Stimmen. Verschärfend kommt hinzu, daß in Fragen der Forschung und Berufung und bei der Wahl des Dekans (!) die Mehrheit der Professoren entscheidend ist.

Bis auf den Konvent sollen in Zukunft alle Gremien nicht öffentlich tagen. Der Senat und der Fachbereichsrat können mit einer 2/3 Mehrheit Öffentlichkeit zulassen. Dies wird dazu führen, daß die Gremien nur im Dunkeln mauscheln, zumal es den Mitgliedern des Gremiums bei Strafe untersagt ist, anderen Hochschulmitgliedern etwas über den Verlauf der Diskussion mitzuteilen. Dies im Zusammenhang mit dem Verbot des imperativen Mandats soll eine Vertretung der Interessen der jeweiligen Gruppe, der die Vertreter angehören, unmöglich machen.



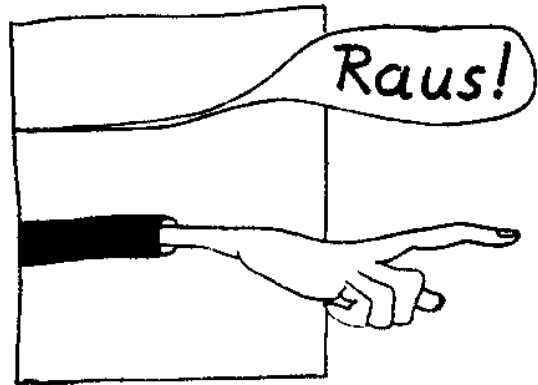
Der Vorsitzende eines Gremiums kann jeden Zuhörer oder jedes Mitglied des Gremiums aus dem Sitzungssaal verweisen, wenn er der Meinung ist, daß sie die Beratung stören.

An diesem Punkt wird besonders deutlich, wie die Demokratie abgeschafft wird. Der Rektor und die Dekane werden praktisch zu Fürsten ernannt.

## Ordnungsrecht

Wenn man sich das Ordnungsrecht anguckt, fühlt man sich vollends ins Mittelalter zurückversetzt. Der Universitätsfürst kann zusammen mit seinem Rektorat 7 verschiedene "Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung" treffen:

1. die mündliche Ermahnung,
  2. der schriftliche Verweis,
  3. die Androhung von Maßnahmen gemäß Nummern 4 bis 7,
  4. die Versagung der Teilnahme an Veranstaltungen der Hochschule,
  5. die Versagung der Benutzung von Einrichtungen der Hochschule,
  6. das Hausverbot,
  7. der Widerruf der Einschreibung."
- Der Widerruf der Einschreibung kann bis zu 2 Jahren verhängt werden und gilt für alle Hochschulen der BRD und West-Berlins.



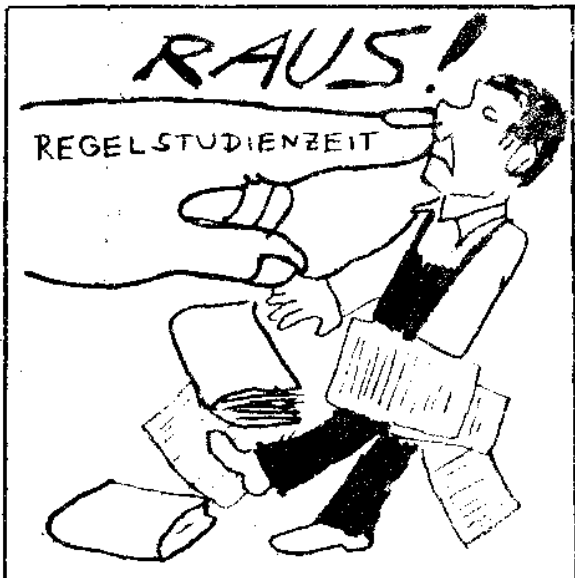
Diese Strafen können verhängt werden wenn man

1. den bestimmungsgemäßen Betrieb einer Hochschuleinrichtung, die Tätigkeit eines Hochschulorgans oder die Durchführung einer Hochverwaltung erheblich behindert,
2. ein Mitglied der Hochschule durch eine mit Strafe bedrohte Handlung von der Ausübung seiner Rechte und Pflichten gemäß § 8 abhält oder abzuhalten versucht,
3. Hochschuleinrichtungen und deren Zwecken dienende Gegenstände zerstört, beschädigt oder in ihrer Funktion beeinträchtigt,
4. andere öffentlich auffordert, eine der in den Nummern 1 bis 3 bezeichneten Handlungen zu begehen, oder an diesen Handlungen teilnimmt."

Dadurch sollen Kampfmaßnahmen der Studentenschaft, wie Streik oder Mensaboykott illegalisiert werden.

## Studienverschärfungen

Der größte Hammer der Studienverschärfungen dieses Gesetzentwurfs ist die Regelstudienzeit. Die Regelstudienzeit soll 8 Semester nicht überschreiten. Zur Hälfte der Zeit sollen Zwischenprüfungen eingerichtet werden. Kann der Student die Regelstudienzeit nicht einhalten, kann er 1 Semester Galgenfrist beantragen. Ansonsten wird er exmatrikuliert.



Wenn mehr als ein Viertel der Studenten eines Fachbereichs die Regelstudienzeit nicht einhalten können, muß dies dem Rektor gemeldet werden. Der Staat kalkuliert also bis zu 25 % Ausschuss ein.

Durch den Gesetzentwurf werden nicht nur der "normale" Numerus Clausus gesetzlich verankert, sondern auch der interne N.C.. Die Abteilungen können in Studien- Und Prüfungsordnungen für Prüfungen und Lehrveranstaltungen Zugangsvoraussetzungen festlegen. Solange kein Student dauernd von einer Lehrveranstaltung ausgeschlossen wird, können auch diese mit einem internen N.C. belegt werden. Wie man dann aber noch die Regelstudienzeit einhalten soll, sagt der Entwurf nicht.

Dies war nur eine grobe Übersicht über den Entwurf des LHG's. Aber auch hieraus dürfte hervorgegangen sein, daß auf jeden Fall verhindert werden muß, daß dieser Entwurf Gesetz wird. Dazu müssen aber auf jeden Fall machtvolle Aktionen stattfinden. Auf der nächsten SVV und der FVV sollen Aktionen beschlossen werden. Der Fachschaftsrat fordert alle Informatik-Studenten auf, zu diesen VV's zu kommen und sich an den Vorbereitungen zu beteiligen, damit die Aktionen ein Erfolg werden.

FR-Inf

## Rechenschaftsbericht des Fachschaftsrats für das WS 76/77

### 1. VdS -Aktionstage

Vor dem Streik wurde Informations- und Motivationsarbeit geleistet. Der passive Streik ließ keine Wünsche offen, dagegen hinkte der aktive Streik wie immer hinter der Erwartung her, das heißt, daß alle Lehrveranstaltungen zu 100% bestreikt wurden, aber bei den einzelnen A.G.'s kaum Studenten anzutreffen waren. Dennoch wurde z.B. in der A.G. zur Prüfungsordnung sehr intensiv gearbeitet (s.P.O.). Bei der A.G. zum Bafög scheiterte die Arbeit zum Teil an der geringen Beteiligung.

### 2. Prüfungsordnung

Zur P.O. wurde, wie schon oben erwähnt, eine A.G. während der VdS-Aktionstage gegründet. Es wurden zwei FVVs durchgeführt, wo über die Arbeit in dieser A.G. diskutiert wurde und zuletzt wurde dem P.O. - Entwurf, der von der Kommission für Studium und Lehre erarbeitet worden war, zugestimmt.

### 3. Information

Die Studenten der Informatik wurden durch folgende Mittel über wichtige und aktuelle Dinge informiert:

3 Busy Beaver, diverse Flugblätter (isbesondere während der VIS -Aktionstage), aktuelle Wandzeitungen im GB V und teilweise im Hörsaalgebäude, mündliche Informationen und Agitationen in den Vorlesungen. Außerdem wurden zwei Feten durchgeführt, die von der FIG (Feteninitiativgruppe) von Erstsemestern unterstützt wurden.

### 4. Allgemeinpolitisches

- a) Es wurde im Rahmen der Studienberatung, die von einer A.G. durchgeführt wurde, eine spezielle Bafög + Beratung durchgeführt. Bis zur Gründung dieser A.G. wurde die Studienberatung vom Fachschaftsrat durchgeführt.
- b) Es wurde sehr intensiv über LHG -HRG informiert, wobei ein reger Informationsaustausch mit anderen Unis durchgeführt wurde.

### 5. E - Technik

Es wurde eine Podiumsdiskussion während einer Vorlesung zum digital - elektronischen Praktikum über Schwierigkeiten und Verbesserungsmöglichkeiten beim Praktikum durchgeführt.

### 6. A.G.

Es wurden mehrere A.G.s gegründet wie z.T. schon oben erwähnt.

- a) Busy Beaver
- b) Gefahren der Datenverarbeitung
- c) Studienberatung

Alle A.G.s bestehen zur Zeit noch und sind produktiv tätig.

### 7. Fachschaftssatzung

Es gelang endlich, die schon im letzten Semester erarbeitete F.S., in einer FVV zu verabschieden. Dieses war auf Grund der größtenteils sehr schlecht besuchten FVVs sehr schwierig.

### 8. Programmierpraktikum

Eine indirekte Prüfungsverschärfung konnte abgewehrt werden.

**KURZWEIL**

Trotz großer Anstrengungen gelang es uns nicht, Euch (die Info-studenten) zu einer aktiven Teilnahme an der Fachschaftsarbeit zu motivieren, was sich in den FVVs zeigt.

Außerdem haben wir versäumt, das Problem der integrierten Gesamthochschule in Angriff zu nehmen, obwohl es während des Sommersemesters eine große Bedeutung hatte.

" F R a n a l l e ! "

" F R a n a l l e ! "

Am 2.5.77 ist FVV Informatik (Beginn:13.00 h, Ort wird noch bekannt gegeben)!

### FACHSCHAFTSRATSWAHL!!

**Feststellung: Der Fachschaftsrat muß arbeitsfähig bleiben!**

Denn: Ohne FSR keine studentische Selbstverwaltung, keine FVV's = kein hochschul- bzw. allgemeinpolitisches Mandat, keine ausreichende Information (Wandzeitungen, Flugblätter, Busy Beaver), keine Studienberatung, keine FS-Bibliothek, keine Feten usw.usf..

Drei der derzeitig fünf amtierenden Fachschaftsräte werden jetzt jedoch aus Altersgründen und ähnlichem nicht wieder zur Wahl stehen.

Mit anderen Worten, wir brauchen Nachschub!! Erfahrung in studentischer Selbstverwaltung etc. ist nicht erforderlich, da es sich erstens gezeigt hat, daß man sich relativ schnell einarbeitet, und zweitens bleiben, wie schon gesagt, zwei erfahrene Fachschaftsräte (Fritz Müller und Martin Rautenberg), und außerdem wird uns Karl Heinz Hüsing (der "Erfahrenste") jederzeit mit Rat und Tat zur Seite stehen.

**Das kann ja heiter werden**

Also Leute:

Kommt zu uns und informiert Euch eingehend "vor Ort" (GB V, R. 313) über die Fachschaftsarbeit, oder kommt am Mittwoch, dem 27.4.77 um 18.00 Uhr in die Linneschänke (Stockumerstr.), denn dort trifft sich an diesem Abend der gesamte alte FSR und ist bei einem kleinen Bierchen zu Eurer Beratung bereit! Wir hoffen, einige von Euch auf der FVV am 2.5. als Kandidaten für die Wahl der

n e u e n F A C H S C H A F T S R Ä T E der  
A b t e i l u n g I n f o r m a t i k  
wieder zusehen!

M.R.

# BERICHT VON DER VDS-MV

Am Samstag, dem 26.3. ging die 2. ordentliche MV der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) zu Ende, auf der sich das Kräfteverhältnis zur Zeit wie folgt darstellt:

GO-Fraktion:	35 %
Basisgruppen-Fraktion	23 %
Juso-Fraktion	20 %
"Blockfreie" Asten (größtenteils der GO oder dem LHV nahestehend)	15 %
Rechte Asten:	5 %

## Es kam zu folgenden Ergebnissen:

1) Es wurde eine in Aktionsplanung und konkreten Forderungen stark verbesserte Hauptresolution gemeinsam von MSB-, SHB-, Juso- und LHV-Asten verabschiedet.

2) Die Aktionseinheit von MSB-, SHB-, LHV- und Juso-Asten wurde gestärkt. Dies war v.a. deshalb möglich, weil sich innerhalb der Juso-Fraktion eine Grundströmung in der Mehrheit befand, die sowohl der gewerkschaftsähnlichen Interessensvertretung der Studenten gegenüber positiv eingestellt ist, als auch auf mehr Eigenständigkeit der Juso-Hochschulgruppen gegenüber der SPD-Führung drängt. Dies wurde besonders bei der Diskussion über die Abrüstungsdemonstrationen am 21.Mai deutlich.

Keine Mehrheit fanden in der Juso-Fraktion massive Versuche des neuen Juso-Bundesgeschäftsführers Rudolf Hartung, wiederum eine gegen MSB und SHB gerichtete Dreierkoalition aus Jusos, LHV und Basisgruppen zu zimmern.

3) Verschlechtert hat sich die Aktionseinheit mit den Basisgruppen. Die BG-Fraktion, die jetzt mehrheitlich aus solchen Asten besteht, die bereits auf der letzten MV die Hauptresolution abgelehnt haben (Uni Tübingen, Uni Heidelberg ...), lehnte eine gemeinsame politische Grundlage für die Arbeit der VDS von vornherein ab. Sie erhob die Forderung, am Vorstand der VDS beteiligt zu werden, ohne daß ihr Vorstandsvertreter an die Beschlüsse der MV (v.a. Hauptresolution) gebunden sei!! Damit verneinten sie das Imperative Mandat der Asten und Studentenschaften für ihren Vorstandskandidaten. Diese Haltung führte dazu, daß die BG-Fraktion an der Erarbeitung der Hauptresolution nicht beteiligt war und später gegen sie stimmte.

4) Eine Vorstandsbildung auf der Basis einer gemeinsamen politischen Plattform war unter diesen Umständen nur für die Fraktionen von LHV, SHB, MSB und Juso-HSG möglich. Die BG-Fraktion sah sich dagegen nicht in der Lage, einen Vorstandskandidaten zu benennen, der das imperative Mandat der MV anerkennt. Deshalb wurde



zunächst nur ein kommissarischer Vorstand gewählt, bestehend aus:  
Andreas Mölich (MSB)

Friedrich Weddige (SHB)

K.H. Krems (LHV)

Dieter Hupka (Juso-HSG)

Für die Basisgruppen blieb ihr bisheriger Vorstandsvertreter Axel Ickert kommissarisch im Amt, d.h. die Neuwahl eines BG-Vertreters fand nicht statt. Statt dessen wurde beschlossen, eine endgültige Wahl von Vorstand und Zentralrat der VDS auf einer außerordentlichen MV Ende Mai nachzuholen.

Obwohl die Kräfte um den Juso-Bundesgeschäftsführer Rudolf Hartung ("Beschützer" der Jusos gegen den bösen MSB Spartakus) und einige Teile der BG-Fraktion eine relativ bürgerliche Macht- und Mausechelpolitik zu betreiben versuchten, ist das Gesamtergebnis als klares Ja zur Aktionseinheit der Linkskräfte an den Hochschulen der BRD zu werten. Wie bereits erwähnt, sprach sich die BG-Fraktion gegen die Aktionseinheit aus und lehnte die Mitarbeit an einer gemeinsamen Hauptresolution ab. Vor allem das Verhalten gegenüber dem Imperativen Mandat der MV kann nur als an bürgerliche Machtpolitik und Putsch-Denken erinnernd kritisiert werden. Trotzdem sind der MSB und auch die GO-Fraktion für eine Beteiligung der Basisgruppen am Vorstand. Wie von allen anderen Vorstandskandidaten erwarten wir allerdings auch vom Vertreter der Basisgruppen, daß

er sich an Mehrheitsbeschlüsse der MV, d.h. an das Imperative Mandat der Studentenschaften gebunden fühlt. Dies ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, über die man mit den BG-Vertretern aber offensichtlich noch diskutieren muß.

Trotzdem ist die verabschiedete Hauptresolution eine gute Grundlage, um den Aufbau einer Front gegen das HRG in den nächsten beiden Semestern bundesweit konsequent voranzutreiben. Vor einer Dokumentation des verabschiedeten Aktionsteils sei noch erwähnt, daß sich auf einer neben der VDS-MV stattgefundenen FH-Asten-Konferenz eine klare Mehrheit der FH-Asten für einen erneuten bundesweiten FH-Streik im SS v.a. gegen den KMK-Erlass, der im WS in Kraft treten soll, aussprach.

Der in der Hauptresolution stehende Aktionsteil enthält:

- die Orientierung auf landesweite Aktionen (möglichst Streiks) gegen reaktionäre LHG-Novellierungen im SS 77;
- den Vorschlag, daß die FH's über einen erneuten bundesweiten FH-Streik gegen KMK-Erlass und HRG im SS beraten;
- den Vorschlag, einen bundesweiten Streik gegen das HRG im kommenden WS vorzubereiten, an dem sich alle Hochschulen der BRD beteiligen.

Damit trägt die Hauptresolution den bisher an den Hochschulen dis-

kutierten und z.T. auch von SVV's der UNIDO unterstützten Aktionsplanungen Rechnung, über die andernorts bereits als SP-, LAK-, SVV'- und Urabstimmungsbeschlüsse vorliegen (z. B. Hamburg).

Neben den Aktionsvorschlägen zum Kampf gegen die Durchsetzung des HRG enthält die Hauptresolution noch folgende praktische Orientierungen für die VDS-Arbeit:

- den Auftrag, die Frage der Beteiligung an den Abrüstungsdemonstrationen auf der nächsten Zentralrats-sitzung nach Vorlage eines Berichts des Vorstandes zu entscheiden (mittlerweile positiv entschieden). Grundsätzlich wird der Kampf für die politische Entspannung und militärische Abrüstungsschritte in der Hauptresolution bejaht;
- den Auftrag zur Zusammenarbeit mit dem DGB, der DGB-Jugend, Schüler- und Elternvertretungen. Sondierte werden sollen v.a. die Möglichkeiten der gemeinsamen Durchführung einer Kampagne für das Recht auf Arbeit und qualifizierte Ausbildung (Antrag der GO-ASTen);
- den Auftrag, in der bundesweiten Initiative "Weg mit den Berufsverboten" mitzuarbeiten (beantragt von GO-Fraktion und LHV);
- den Auftrag, mit der "Russel-Peace-Foundation" der mög-

lichen Vorbereitung eines Russel-Tribunals über Berufsverbote und politische Disziplinierung in der BRD mitzuarbeiten (Juso-Antrag)

- den Auftrag zur Errichtung eines Projektbereiches "Frauenpolitik" (Antrag des Hamburger GO-ASTA)
- den Auftrag, an der Anti-KKW-Bewegung teilzunehmen und einen Projektbereich "Ökologie" einzurichten (LHV-Antrag).

Magdalene Bonsiepen

Mitglied der GO-Liste im SP



Der fremde, Entwürpler ist wieder da.  
Telefon 690416

## AKW's: GO-Fraktion unglaublich gemacht?

Am Montag, dem 14.2.1977, fand die 2.ordentliche Sitzung des 6. Studentenparlaments statt. Von der Basisgruppe Raumplanung wurde zu Beginn (18.00 h) der TOP "Erstattung der Kosten der AKW-Veranstaltung vom 10.2.77 durch den Asta" auf die Tagesordnung gesetzt. So gegen 22.00 Uhr, als man bis auf "Verschiedenes" alle regulären TOP's abgearbeitet hatte, die Mathe-Fete schon in vollem Gange war und alle ziehlichen "Brand" hatten, war es soweit. In der "AKW"-Frage erhitzen sich die Gemüter noch einmal an diesem Abend. Die BG-Raumplanung und auch die UL/I (Unabhängige Liste/Informatik) beantragten, daß der Asta die Kosten der AKW-Veranstaltung vom 10.2.1977, durchgeführt von Vertretern der Studenten- und Assistentenschaft der Abteilung Raumplanung, zu übernehmen habe. Die GO-Fraktion hatte was dagegen!

Begründung: Die Raumplaner hätten dem Asta die Mitarbeit verweigert. (Die AKW-Veranstaltung wurde durchgeführt aufgrund des Beschlusses der SVV vom 10.12.76)!

Man begann zu versuchen die Vorgeschichte und den Ablauf der Veranstaltung zu rekonstruieren. Doch dieser Versuch mißlang. Da auch kein Asta-Mitglied anwesend war, konnte nicht geklärt werden, ob nun der Asta (aus was für Gründen auch immer,) die Mitarbeit verweigert hatte oder umgekehrt, ob man ihm die Mitarbeit verweigerte.

Der Vorschlag der UL/I, man solle einen Untersuchungsausschuß bilden, mit dem Auftrag die genauen Umstände zu analysieren und dann erst zu entscheiden, wurde abgelehnt. Man wollte wohl schnell zu einer Entscheidung kommen, trotz des Risikos, diese Entscheidung später nicht rechtfertigen zu können.

Und diese Entscheidung, die mit knapper Mehrheit durch die GO-Fraktion gefällt wurde, kann nicht gerechtfertigt werden! Eine weitere Begründung der GO-Fraktion gegen die Kosten-erstattung war nämlich folgende (nachdem die "Astamitarbeitsfrage" ungeklärt blieb): Die Contra -Seite (bei der AKW-Veranstaltung) sei politisch einseitig gewesen.

Nachdem man der GO-klargemacht hatte, daß Klaus Mayer von der BI-Hamm (der zweite Mann auf der Contra-Seite), durchaus DKP-Linie in Bezug auf die Strategie der nächsten AKW-Demo (Itzehoe oder/statt Brokdorf) vertrat, hieß es plötzlich, man hätte ihn zum Schluß der Veranstaltung nicht ausreden lassen.

Die Tatsachen waren folgende: Im Einverständnis aller Podiumsteilnehmer hatte der Podiumsleiter dem Physikprofessor Jens Scheer aus Bremen (auch Contra-Seite) das Schlußwort zugeteilt. Als jener dieses beendet hatte, wollte jedoch Klaus Mayer noch seinen Kommentar dazu abgeben. Trotz "Ermahnung" durch den Diskussionsleiter fing er an zu reden--ohne Mikro. Klaus Mayer wurde dann jedoch nicht etwa brutal abgewürgt, sondern man gab nach und ihm das Mikrofon damit er zu Ende reden konnte.

Somit zog auch dieses Argument der GO nicht mehr. Jetzt jedoch kam der größte Hammer dieses SP-Abends: Folgendes Argument avancierte zur Hauptbegründung für die Ablehnung der Kostenübernahme:

Atomwissenschaftler Jens Scheer (KPD-Mitglied) habe zur Gewalt aufgefordert! Wörtlich (J.Scheer):

"Am 19.2. nach Brokdorf! Wir machen den Bauplatz wieder zur Wiese!"

Sicher, das kann Aufforderung zur Gewalt sein, und zwar im Sinne des Ordnungsrechts des HRG (§ 28) und des LHG (§ 124, § 126 (1), 1.) und wird mit Ordnungsmaßnahmen bestraft!

Dieser Meinung schien auch unsere GO-Fraktion zu sein und verhängte sozusagen als "kleine Verwarnung" die Verweigerung des Geldes für die AKW-Veranstaltung.

Doch wen trifft diese "Ordnungsmaßnahme"? Nicht den Prof. Scheer, auch nicht die Herren von der KWU (Dr. Garland) bzw. der IRS (Dr. Danzmann, beide Pro-Seite), die bekommen ihre Reisekosten, Spesen etc. bezahlt -- aus der Kasse der Fachschaft Raumplanung (die Fachschaften Maschinenbau und Informatik haben ihre Unterstützung zugesagt). Die AKW-Veranstaltung war jedoch für alle da, ob Raumplaner oder nicht, ob Hochschulangehöriger oder nicht. Der HS 6 samt Zugangsflure war bis auf den letzten Stehplatz gefüllt und die Anwesenden forderten fast einstimmig gleich zu Beginn die Bezahlung der Unkosten durch den Asta der UniDo.

**Geld sparen macht  
zufrieden und glücklich**

Der Asta verwaltet das Geld der Studenten, ~~ihm~~ gehört es nicht, deshalb hat weder er noch das SP das Recht, diese Unkostenerstattung zu verweigern, wenn die Mehrheit der Studenten die Bezahlung fordert.

Kann die GO-Fraktion noch konsequent, wie sie behauptet, den Kampf gegen LHG und HRG anführen, wenn sie sich solche -- milde gesagt -- "Patzter" erlaubt? Mit solchen "Aktionen" macht sie sich unglaubwürdig! Das will sie aber wohl nicht, deshalb:

Der SP-Beschluß vom 14.2. muß revidiert werden!  
Der Asta muß die Kosten für die AKW-Veranstaltung vom 10.2.1977 bezahlen!!

Martin Rautenberg, SP-Mitglied der UL/I



## Aus der Projektgruppenarbeit.

Herr F. Pache führt unter dem Titel "Rechnergestützter Musikunterricht" eine Projektgruppe durch, in deren Verlauf unter anderem sogenannte "Drillprogramme" erstellt werden sollen.

Was sind Drillprogramme?

Dies sind Programme, die das mit dem Programmsystem kommunizierende Individuum einem Drill (im Sinne von "Kasernenhofdrill") unterwirft. Herr Pache stellt sich das Drillprogramm für den Musikunterricht so vor, daß ein Klavierschüler ein bestimmtes durch Noten vorgegebenes Musikstück spielen soll. Verspielt er sich, so soll durch Lämpchen, die jeder Taste der Klaviatur zugeordnet sind, der Fehler angezeigt - und damit der Schüler "auf den Pfad des Notenbildes" zurückgeführt werden. Die Lämpchen übernehmen also die Funktion sadistischer Klavierlehrer, die ihre Schüler durch "auf die Finger klopfen" meinen, konditionieren zu dürfen.

Bei Einsatz dieses Drillprogramms sind interessante Ergebnisse zu erwarten, die späterhin noch optimalere Drillprogramme zu entwickeln gestatten.

Zum Beispiel lassen sich dann Drillprogramme entwickeln, die die "richtige" Ideologie (im Sinne des Geldgebers) vermitteln dadurch, daß z.B. einem erfolgsversprechenden, jungen, dynamischen Jungmanager Schlagworte wie "Arbeit", "Freizeit", "Streik", --- angeboten werden, die von ihm zu bewerten sind (positiv-negativ). Aufgabe des Drillprogramms wäre es dann, ihm die jeweilige Unternehmensphilosophie anzukonditionieren.

Ich hoffe, nicht weiter erläutern zu müssen, daß Drillprogramme Kreativitätshemmer sind - zur Anpassung abrichten.

Tip an die Projektteilnehmer: Definiert euch euer Projektziel selber und weist F. Pache eine Rolle in eurem Projekt zu, die ihr unter euch (ohne Beisein von F. Pache) ausdiskutiert habt.

N.B. Von den Raumplanern sind bestimmt gute Tips zu erhalten - die machen schon seit Jahren freie Projektgruppen.

(Projektzentrum RP GB III/112

Tel. 2243)

K.S. ....

„Die Skeptiker und die Gegner des Baus neuer Kraftwerke haben Anspruch darauf, ihre Sorgen erörtert zu sehen. Wir betrachten es jedoch als eine Aufgabe, die im politischen Raum gelöst werden muß, zu verhindern, daß berechtigte Ansprüche der Bürger von einzelnen Gruppen als Ausgangspunkt dazu mißbraucht werden, unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem außer Kraft zu setzen ...“

VEW-Vorstand in einem Mitarbeiter-Rundbrief

**Demokratie**  
**Bürger**  
**und Gendarm**

## Bemerkung zu Atomkraftwerken.

An Atomkraftwerken kann man wunderhübsche, schlanke und hohe Schornsteine sehen, die dazu dienen, das bei der Kernspaltung u.a. entstehende radioaktive Krypton Isotop Kr-85 (Halbwertszeit 10.76a) in die Wolken zu blasen.

(Auch das "überflüssige" Jod-129, Halbwertszeit 17 Mio. Jahre, das sich über die Nahrungskette in der menschlichen Schilddrüse anreichert, wird über diesen Schornstein "beseitigt").

Je nach Windrichtung senken sich die niedlichen Kryptonstrahlerchen in einer spezifischen Umgebung auf den Erdboden (bzw. in die untere Atmosphäre) ab, da sie 3-mal schwerer als Luft sind. Krypton ist ein Edelgas, so daß die "Strahlerchen" keine molekularen Verbindungen eingehen, weshalb denn so im Laufe der Zeit ein immer konzentrierterer

Kryptonteppich" sich in der untersten Atmosphäre ausbreitet. Von hier aus ist es nicht mehr weit bis zur Lunge, wo die Strahlerchen gierig resorbiert

werden und durch den Blutkreislauf bis in den letzten Winkel des menschlichen Körpers transportiert werden. Dabei "schießen" die Strahlerchen so etliche Zellkerne an, wobei chemische Umlagerungen auch der Chromosomen (DNS) stattfinden - also ein mutagener Prozeß, der entweder zum Zelltod oder zu einer abnormen Funktion der Zelle bis zur Überfruchtbarkeit als wuchernde Krebszelle führt.

Treten solche "Strahlenmutationen" an Keimzellen auf, aus denen ein Kind gezeugt wird, so vererben sich die Mutationen rezessiv - es können also noch nach einigen Generationen ganz neue Krankheitsbilder auftreten - sicherlich noch ein reiches Betätigungsfeld für zukünftige Mediziner.

(Also hat die Atomindustrie doch recht: Atomkraftwerke schaffen Arbeitsplätze - zumindest in Krebsforschungszentren).

Homophil Biologicus

Literaturhinweis  
Seite 2 beachten!

## Für alle, die gern mit Technik spielen

### Kalb mit sieben Beinen und zwei Köpfen geboren

Allensbach. (dpa) Ein Kalb mit sieben Beinen und zwei Köpfen ist am Mittwoch in Allensbach am Bodensee zur Welt gekommen. Das mißgebildete Tier, das an einem Bein acht statt zwei Klauen hatte, war jedoch nicht lebensfähig. Es wird dem Tierhygienischen Institut der Universität Freiburg zur Verfügung gestellt. (RN, 25.3.77)

### Das Kälberbrüten

#### Sechsbeiniges Kalb

Berlin. (ddp) Ein gesundes Bullenkalb mit sechs Beinen ist in der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft Poserna im DDR-Kreis Weißenfels geboren worden. Die zwei zusätzlichen Beine befinden sich am vorderen Schulterblatt. (RN, 23.3.77)



# Wahrscheinlichkeitsrechnung (unwahrscheinlich einfach)

## I. Einfache Rechenbeispiele

### Aufgabe 1:

Wir berechnen zuerst die Wahrscheinlichkeit, daß eine Person im Laufe ihres Lebens einen Autounfall hat. Dazu müssen verschiedene Voraussetzungen gemacht werden:

- Eine Person fährt ungefähr 15 000 km pro Jahr mit dem Auto.
- Die Durchschnittsgeschwindigkeit beträgt 75 km/h.
- Annahme a) und b) gelten vom 18. bis 60. Lebensjahr.
- Die Anzahl der Unfälle je 1 Million Personen bei 1 Stunde Autofahren beträgt 0,6 (siehe Fußnote).

Rechnung: aus a)  $\wedge$  b)  $\wedge$  c)  $\Rightarrow 15000 : 75 = 200,$   
 $200 \times 42 = 8400$

d.h. eine Person sitzt in ihrem Leben 8400 Stunden im Auto.

Daraus und unter Berücksichtigung von d) folgt:

$$8400 \times 0,6 \times 10^{-6} = 0,00504$$

d.h. die Anzahl der Unfälle pro Person während ihres Lebens beträgt 0,00504;

daraus folgt die prozentuale Wahrscheinlichkeit:

$$P_1 = 0,5 \%$$

### Aufgabe 2:

Berechnung der Wahrscheinlichkeit, daß ein Mensch im Laufe seines Lebens dadurch Schaden erleidet, daß er in der Umgebung eines Kernkraftwerkes lebt.

Voraussetzungen:

- Die Person lebt bis zum 60. Lebensjahr neben einem KKW.
- Die Anzahl der Unfälle je eine Million Personen bei 1 Stunde in der Umgebung eines KKW's leben beträgt 0,00001 (siehe Fußnote).



Diese Zahlenangabe stammt aus einer Veröffentlichung der Elektro- und Kraftwerkindustrie: "...Zum besseren Verständnis der Kernenergie".



Rechnung (analog zu Aufgabe 1):

$$\text{aus a)} \Rightarrow 60 \times 365 \times 24 = 525\,600$$

d.h. die Person lebt 525 600 Stunden neben einem KKW.

$$\text{aus b)} \Rightarrow 525\,600 \times 0,00001 \times 10^{-6} = 0,000005256$$

d.h. die Anzahl der Unfälle pro Person während ihres Lebens beträgt 0,000005256. Daraus folgt die prozentuale Wahrscheinlichkeit:

$$P_2 = 0,0005\%$$

Das heißt:  $P_1 = 1000 \cdot P_2$

## II. Theorie

Die im ersten Teil berechneten Wahrscheinlichkeiten bedürfen noch einer nachträglichen Betrachtung. Zum Beispiel muß man überlegen, wie wahrscheinlich diese Wahrscheinlichkeiten sind (für Informierte: ...ob eine Gleichverteilung vorliegt).

Bei  $P_1$  sieht das so aus, daß eine einzelne Person durchaus die Möglichkeit hat durch betont defensives Fahren oder ähnliche unangenehme Manipulationen das Risiko erheblich zu vermindern (also keine Gleichverteilung!).

Bei  $P_2$  jedoch hat man keine Möglichkeit, den  $\alpha$ -,  $\beta$ - und  $\gamma$ -Strahlen auszuweichen, weil sie viel zu hastig sind (also Gleichverteilung!).

Seit wir diese strahlungenförmige Mutation erreicht haben, laufe ich die 100m in 0,0 sec



Bei Berücksichtigung der Tatsache, daß der in Aufgabe 2 angegebene Wert von 0,00001 nur geschätzt ist und eher größer als kleiner ist (was aus dem besonderen Interesse des Herausgebers der Zahl folgt!), so kann man zusammenfassend folgendes sagen:

Entweder ist das Autofahren garnicht so gefährlich, denn der Herausgeber obiger Zahlen schreibt in der gleichen Reklameschrift:

"Durch den Betrieb von 30 stadtnahen KKW's zu Schaden zu kommen entspricht etwa dem Risiko, von einem Meteor getroffen zu werden".

Da die Gefahr eines Autounfalls nur tausendmal größer ist (ohne Berücksichtigung des Faktors '30' aus dem letzten Zitat), kann man sie wohl vernachlässigen, oder ist schon mal jemandem ein Meteor auf den Kopf gefallen ?

Die andere Möglichkeit ist die, daß man in der Umgebung eines KKW's doch recht gefährlich lebt, denn bei einem Faktor von 1000 im

Vergleich mit den Autounfällen wird man wohl einige Tote und etliche nur leicht Geschädigte (z.B. Erbgutschäden...) einkalkulieren müssen.

Das Unangenehme ist nur, daß man bei der im Falle der Kernkraftwerke vorliegenden Gleichverteilung (s. oben) nicht so genau sagen kann, wen es erwischen wird; vielleicht sogar mich oder KHH oder Fritzchen Meier oder die Biene Maja oder Martin Gritzmeck oder Bernd Rausch oder Rüdiger Hase oder Walter Speck oder Claus Volkert oder Martin Rautenbein oder ... oder ... oder .....

G.G.

**Eine abenteuerliche Frau**

**Eine Frau in den besten Jahren**

#### DIE INFORMATIKERIN - DAS UNBEKANNTE WESEN

oder

Gehören unsere Kommilitoninnen wirklich zum weiblichen Geschlecht ?

Eine Frage, die wir uns, lieber Leser, (seien wir mal ganz ehrlich) doch schon oft gestellt haben.

Lehnen wir uns mal zurück (ganz in Ruhe) und konzentrieren uns auf unser inneres Auge : Da sitzt sie neben uns im Hörsaal - - -

Nun ja - ähem -

Machen wir unser inneres Auge schnell wieder zu !

Man weiß vieles über Informatikerinnen :

Daß sie aufmerksam sind in der Vorlesung, fleißig in den Übungen, unermüdlich beim Programmieren, emsig am Locher -

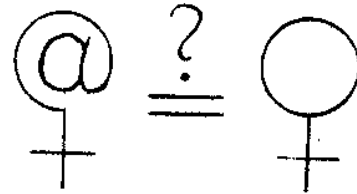
Nur - sind sie wirklich weibliche Wesen ???

( Es soll Studenten geben, die das schlicht verneinen.)

Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, führten namhafte Demoskopien im Auftrag der Redaktion BUSY BEAVER während der letzten Informatik-Fete eine Untersuchung über das Thema durch, wo die Weiblichkeit sich beweist : das Sexualverhalten.

Zu Vergleichszwecken wurden auch Nicht-Informatikerinnen befragt. Die Kandidatinnen wurden mit 5 ausgesucht schönen Exemplaren vom männlichen Typ des Informatikers, eingeteilt nach:

- voller Vollbart
- knapper Vollbart
- blonder Bart und Pfeife
- Schnäuzer
- kein Bart



sowie folgendem Problem konfrontiert:

Würdest Du mit einem oder mehreren dieser wunderschönen jungen Männer ins Bett gehen und wenn ja, mit wem ? Begründung ?

Von den Informatikerinnen ( in der folgenden Auswertung mit I bezeichnet - im Gegensatz zu den Nicht-Informatikerinnen NI ) antworteten mit "Nein" 50%(I) vgl. 42,8%(NI). Davon meinten nur 10% (I), Informatiker seien nicht zärtlich genug ( als Beispiel hierfür wurden die ständig defekten Locher angegeben).

40% (I) waren unsicher, wurden rot und wollten nicht antworten.

Zum Vergleich: Von den Nicht-Informatikerinnen meinten 14,3% (NI)

"Alles - nur keinen Informatiker !", 14,3% (NI) waren bereits sexuell abhängig und nur 14,2% (NI) wurden unsicher.

Mit "Ja" antworteten 50% (I) und 57,2% (NI).

Davon bevorzugten 10% (I) einen Vollbart, 20% (I) einen Schnäuzer und 10% (I) keinen Bart ("...der kitzelt...").

Zum Vergleich: Bart 28,6% (NI), "Je größer desto besser" 14,3% (NI)

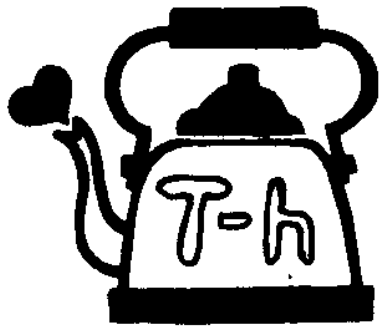
Für Abwechslung ( und somit alle vorgeführten Herren ) sprachen sich 10% (I) bzw. 14,3% (NI) aus.

Einer näheren Erläuterung bedarf es hier wohl nicht - die Zahlen sprechen für sich selber.

wasp

P.S.: Sollte sich eine Informatikerin falsch beurteilt fühlen, so möge sie sich zwecks Beweises ihrer Weiblichkeit bei der Redaktion BUSY BEAVER melden.

# Schluß-Strich



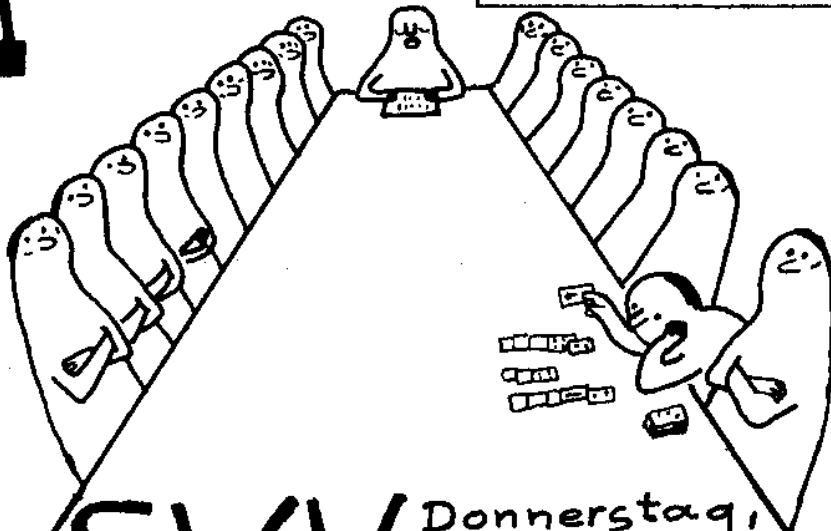
**Achtung!**

jeden Dienstag  
um 13 Uhr  
im CZI!  
(GB 5/314)

**LB**

Biber legt rechts in seinem Bett  
Und denkt: Ich liege nicht im Lazarett,  
Draußen schneit's, und Heizöl ist im Tank,  
Duftendes Brot und Milch im Schrank,  
Das Dach ist wasserdicht,  
Und Krieg ist auch jetzt nicht.

Er zieht die Füße ins Bett zurück  
Und denkt: Was wissen die Menschen vom Glück!



Die Arbeitsräume für Studenten:  
CZI, GB 5/314 und Pavillon 6, Raum 7,  
sollten stärker genutzt werden, damit  
sie als solche erhalten bleiben.



**SVV** Donnerstag,  
28.4.77

um 10 Uhr im großen  
Hörsaal im Hörsaalgeb. 2 (Hbfl.)

Vorläufige Tagesordnung:

1. Rechenschaftsbericht des alten Asta
2. Wahl des neuen Asta
3. Aktionen zum LHG
4. 1. Mai - Aufruf

**FVV** Montag, um 13 Uhr im  
2.5.77 großen Senats-Sitzungssaal  
(vorlesungsfrei 13-15 Uhr) (im Geschößbau 4 ganz oben)

Vorläufige Tagesordnung:

1. Rechenschaftsbericht des alten Fachschaftsrats (siehe Seite 5)
2. Wahl des neuen FR
3. Aktionen zum LHG
4. Berichte der Arbeitsgruppen
5. Information zur Bafög - "Erhöhung"

**!! Prüfungs-Berichte !!**

Damit die Studienberatung ihrer Aufgabe besser gerecht werden kann, werden alle, die Prüfungen hinter sich haben, gebeten, selbige kurz zu protokollieren und beim FR abzugeben (Fragen und Bewertungen). Diese Berichte sind dann in der Studienberatung anguckbar.

Gloda:

CZI=Communicationszentrum Informatik  
FVV=Fachschafts-Vollversammlung  
Gloda=Glossar der Abkürzungen  
Hbfl.=Hauptbaufläche  
LB=Lucky Beaver (glücklich Emserer)  
LHG=Landeshochschulgesetz  
SVV=Studenten-Vollversammlung  
T-h=Tee-Stunde